

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

12 (6.4.1946)

100 Prozent...
Stellungsbefugnisse...
zur Erzeugung...
halten werden...



BADISCHE
NEUFESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH.
Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b-3, Tel. 4051/53.
Erscheinungswöchentlich am wöchentlichen...
Ausgaben für Pfortheim (Ebersteinstr. 18)
für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Samstag, 6. April 1944

Nummer 12

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monatlich Bezugspreis RM 2,20, durch die Post
bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr.
Anzeigenr. Die 10sp. Nonp.-Zeile RM 2,-
in Beckr.-ausg. RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Nürnberger Prozeß
Hingebungsvoll für Monarchie, Demokratie u. Nazismus!

Der „symbolhafte“ Keitel diente allen - „Nicht eigentlich“ Chef des OKW

Nürnberg, 5. April. (DANA) Ich habe mit
gleicher Hingabe unter dem Kaiser, unter Ebert
Hindenburg und Hitler gedient, erklärte Keitel im
Verlauf der Mittwochs-Vormittags-Sitzung, in der er
von seinem Verteidiger, Dr. Otto Nelte, als Zeuge
in eigener Sache aufgerufen wurde. Nachdem Keitel
den Zeugniseid geleistet hatte, ohne die Hand zum
Schwören zu erheben, gab er folgende Aufmerksam-
keiten:
„Ich habe eine kurze Schilderung seiner militä-
rischen Laufbahn.

wünschte. Außerdem sei er bei sämtlichen Bespre-
chungen der Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile
oder der Generalstäbe anwesend gewesen, um die
bei diesen Gelegenheiten von Hitler mündlich aus-
gegebenen Befehle nachher schriftlich zu bestätigen,
wie es „militärischen Grundsätzen“ entspreche
habe.
Diese Befehle seien also nur Bestätigungen von
mündlichen Führerbefehlen gewesen, und er habe
auch die schriftlichen Befehle Hitler stets noch ein-
mal vorgezogen, bevor er sie absandte. Da er der
völligen Billigung des Führers sicher sein wollte,
Anklage berührte, die „Vorbereitung von Angriffskrie-
gen“, vertrat er die Verantwortung dafür mit
einem einzigen Satz von sich abwägen: „Der Begriff
Angriffskrieg ist ein politischer und kein militä-
risch-soldatischer, so daß für diese Entschlüsse
nicht die Soldaten, sondern die Politiker verant-
wortlich sind.“

„Militärische Demonstration“ auf dem Obersalzberg
Im weiteren Verlauf der Verhandlung sprach
Keitel über die Vorgeschiede des Anschlusses von
Osterreich. Er sagte, daß er zusammen mit den
früheren Generalen Walter von Reichenau und
Hugo Sperrle für den 10. Februar 1938 von Hitler
auf den Obersalzberg bestellt worden sei, wo
Schuschnitz und der österreichische Außenminister
Guido Schmidt anwesend gewesen seien. Dort sei
ihm klar geworden, daß die Anwesenheit dreier
Generale eine „militärische Demonstration“ bedeuten
könne. Er habe mit den beiden anderen
Generalen im Vorzimmer gesessen und im An-
schluß daran Nachrichten über eine Mobilisierung
lautiert.
Über die Vorbereitung zum Angriff auf die
Tschchoslowakei, sagte Keitel aus, er habe auf
Befehl Hitlers Ende April 1938 die Vorbereitungen
für den Angriff auf die Tschchoslowakei eingeleitet.
Hitler habe ihm allerdings erklärt, daß er
„einzuweisen“ nicht die Absicht habe, dieses Land
anzugreifen. Ein Unterschied zwischen dem
Sudetenland und der übrigen Tschchoslowakei habe
Hitler bei seinen Plänen nicht erwähnt.
Er, Keitel, sei dann immer für diese eingetreten,
was zur Folge gehabt habe, daß Hitler ihm Vor-
würfe machte.
Hitler sei ein Mann mit „umfassenden Reform-
plänen“ in militärischen Dingen gewesen, während
er „der alten Schule“ angehörte. „Niemand hat je
erfahren“, sagte Keitel mit resignierter Stimme,
„was für Schwierigkeiten ich tatsächlich hatte.“
Der ehemalige Generalfeldmarschall bestritt ent-
schieden, jemals Mitglied der Reichsregierung oder
des Reichskabinetts gewesen zu sein. Auf die Frage
Dr. Neltes, ob sich der „Arbeitsausschuß des Reichs-
verteidigungsrates“ in seinen Verhandlungen, die
Keitel leitete, mit Planungen zur Kriegsvorbereitung
befaßte, behauptete Keitel, nein, es sei nur über
„Frazen defensiver Art“, wie die Sicherung
der Eisenbahn in den Grenzgebieten, der zentralen
Die Kriegsverordnungen lagen bereit
Auf die Frage Dr. Neltes, warum er in einer
Sitzung des Reichsverteidigungsausschusses vom 22.
Mai 1933 die Referenten der Ministerien auszu-
wählen habe, nichts Schriftliches über diese Sitzung
aufzubewahren, erklärte Keitel, das habe er nur ge-
tun, weil Blomberg ihm gesagt habe, die Arenten
(Fortsetzung auf Seite 9)

DANA funkt:
Aus aller Welt

Washington. Der Präsident des amerikani-
schen Kongresses, Rabbi Stephan Wise, so gibt
UP bekannt, rief die amerikanischen Juden auf,
sich an einer weitgehenden Hilfsaktion zur Lebens-
rettung von Millionen europäischer Juden zu betei-
ligen.
New York. Unter dem Titel „Die Stimme der
UNO“ soll laut UP „eine eigene unabhängige
internationale Rundfunkstation für die Vereinten
Nationen“ geschaffen werden.
London. Eine Weltausstellung, die alle anderen
internationalen Veranstaltungen dieser Art über-
treffen soll, ist für das Jahr 1951 in London
geplant.
Brüssel. Das belgische Parlament hat laut Reu-
ter der neuen belgischen Regierung des Minister-
präsidenten van Acker mit 107 gegen 91 Stimmen
das Vertrauen ausgesprochen.
Paris. Der Ministerpräsident der spanischen
Exilregierung Giral gab die Erweiterung seines Ka-
binetts bekannt. Die amtliche Bekanntgabe wird
in 2 bis 3 Tagen erfolgen.
Paris. UP meldet: Die französische Nationalver-
sammlung verabschiedete ein Gesetz, wonach in Zu-
kunft Frauen in öffentliche Ämter gewählt werden
können.
Paris. Das französische Kabinett beschloß auf
seiner Sitzung, Frankreichs Forderung nach interna-
tionaler Kontrolle von Saar, Rheinland und
Ruhrgbiet aufrechtzuerhalten.
Wien. Der Alliierte Rat hat die österreichische
Bundesregierung verständigt, daß er die vom Par-
lament angekündigte Bundesverfassung nicht sanktio-
niert.
Wien. Der österreichische Bundespräsident Dr.
Karl Renner richtete einen Aufruf an die Alli-
ierten, worin er bat, den Friedensvertrag mit
Osterreich so schnell wie möglich fertigzustellen,
meldet Reuter.
Athen. Der bulgarische Ministerpräsident Kimon
Georgiewitsch teilte nach einer UP-Meldung dem
Parlament mit, daß die Monarchie in Bulgarien
abgeschafft werden wird.
Athen. Nach den vorliegenden Teilergebnissen
der griechischen Wahlen erhielten die monarchisti-
sche Volkspartei 557 903 Stimmen, der nationale
Block 344 598 und die liberale Partei 142 038 Stim-
men. Über 50 Prozent Stimmenthaltungen sind
gemeldet.
Athen. Constantin Tsaldaris, der neue grie-
chische Außenminister, gab bekannt, daß das neue
griechische Parlament am 29. April zusammen-
treten wird.
Tirana. Die britische Regierung hat ihren
Bevollmächtigten aus Albanien zurückgezogen. Ein
Austausch diplomatischer Vertreter zwischen den
beiden Staaten war bisher nicht vorgenommen
worden.
Bukarest. Die rumänische Regierung hat die
diplomatischen Beziehungen zu spanischen Franco-
Regierung abgebrochen und das Personal der rumä-
nischen Gesandtschaft in Madrid zurückberufen.
Moskau. General Walter Bedell Smith, der
neuerannte amerikanische Botschafter in der Sow-
jetunion, hatte, UP zufolge, im Kramel eine zwei-
stündige Unterredung mit Generalissimus Stalin,
bei der er diesem einen Brief Präsident Trumans
überreichte.
Herford. „Die britische Besetzung Deutschlands
wird nicht länger als ein Jahr dauern“, erklärte Feld-
marschall Montgomery vor einer Versammlung frei-
williger Kriegshelfer in der britischen Zone. Der
Feldmarschall betonte, daß die britischen Truppen
so lange bleiben würden, bis sie überzeugt wären,
daß sich die Ereignisse der letzten sechs Jahre nicht
wiederholen könnten.

„Wie verstehen Sie Ihre Dienststellung?“ fragte
Dr. Nelte, und Keitel erwiderte ihm ausführlich,
daß Hitler durch einen Fels vom 4. Februar 1938
den OKW heißen müssen. Ich habe durchaus nicht
und ihn zum Chef des OKW gemacht habe.
Das OKW „nur Arbeitsstab“ Hitlers
Keitel erklärte weiter: „Diese Bezeichnung: Chef
des OKW war eigentlich nicht zutreffend. Das ist
mir aber erst jetzt im Verlauf des Prozesses klar-
geworden.“ Er hätte richtiger: „Chef des Stabes
des OKW“ heißen müssen. Ich habe durchaus nicht
die hohe Befehlsgewalt, welche die Anklagebe-
hörde annimmt.“ Hitler habe das Kriegsminstere-
rium unter Blomberg abgeschafft, weil er alle Be-
fugnisse und alle Kommandogewalt auf sich ver-
einigen und keine selbständige Behörde zwischen
sich und dem einzelnen Wehrmachtstellen dulden
wollte. Er habe sich mit diesem Anspruch bei
Blomberg jedoch nicht durchsetzen können und
habe deshalb ihn, Keitel, zum Chef des OKW ge-
macht.
Das OKW habe auch nicht die Funktion eines
Generalstabes gehabt, erklärte Keitel weiter. Die
Wehrmachtteile hätten vielmehr ihre eigenen Ge-
neralstäbe gehabt und ihre Weisungen direkt von
Hitler empfangen. Das OKW sei also keine selbst-
ständige Befehlsgewalt, sondern „nur“ die „persön-
liche, unmittelbare Arbeitsstab des Führers“ ge-
wesen.
Keitel behauptete, es sei seine Aufgabe in die-
sem Arbeitstab gewesen, die militärischen Unter-
lagen und Auskünfte zu besorgen, die Hitler

einmalige Vermögensabgabe geplant
Finanzminister Dr. Cahn-Garnier über Wirtschafts- und Steuerfragen
Heilbronn, 5. April. (DANA) Dr. Frh Cahn-
Garnier, der württembergisch-badische Finanz-
minister, sprach in Heilbronn über Wirtschafts- und
Steuerfragen.
Die Frage, so sagte Dr. Cahn-Garnier, ob das
Währungsproblem durch einen Staatsbankrott gelöst
werden kann, ist zu verneinen. Wir müssen
erhalten, was uns verbleiben ist. Im Jahre 1944
hatte die Gesamtschuld des Reiches eine Höhe von
322 Milliarden Mk. und 1945 von 346 Milliarden.
Weitere Milliardenschulden erwachsen uns aus der
Verpflichtung des Reiches zur Bezahlung noch nicht
liquidierten Rüstungsaufträge.
Die Forderungen auf Ersatz der Kriegsschäden
sind jedoch noch wesentlich höher. Der Aufwand
hierfür wird auf 200 Milliarden Mk. geschätzt. Da-
zu kommen noch die internen Zahlungen für Re-
paraturen, die allerdings in Lieferungen von Wa-
ren und Material bestehen. Als Gesamtbetrag aller
mit dem Krieg zusammenhängenden Schulden

Verhandlung über Iranproblem vertagt
Brief Gromyko an den Sicherheitsrat - Russisch-iranische Vereinbarung
London, 5. April. (AP) Der Inhalt des Briefes
des sowjetischen Delegierten Andrei Gromyko
an den Sicherheitsrat über die iranische Frage,
wurde von Radio Moskau bekanntgegeben.
Der Brief lautet: „In Beantwortung Ihres Briefes
(von Generalsekretär Tryzvo Lie) vom 29. März,
in dem Sie auf Anweisung des Vorsitzenden des
Sicherheitsrates, um Informationen über den Stand
der Verhandlungen zwischen der sowjetischen und
der iranischen Regierung, insbesondere die Zurück-
nahme der Sowjettruppen aus dem Iran auf Grund
der mündlichen Vereinbarung zwischen den beiden
Regierungen und über andere Fragen bitten, habe
ich die Ehre, Sie im Namen meiner Regierung über
folgendes zu informieren:
Die Besprechungen haben bereits zu einem mündlichen
Abkommen über die Frage der Zurück-
ziehung der sowjetischen Truppen aus dem Iran
geführt. Die Zurücknahme begann am 24. März
dieses Jahres und wird in einhalb Monaten,
worüber ich den Sicherheitsrat bereits am 26. März
unterrichtet habe, beendet sein. Im Hinblick darauf
ist die Behandlung der Zurückziehung der sowjetischen
Truppen, die am 18. März von der irani-
schen Regierung vor den Sicherheitsrat gebracht
wurde, durch das mündliche Abkommen zwischen
der Sowjetunion und der iranischen Regierung er-
ledigt worden. Die anderen Fragen beziehen sich
nicht auf die Zurücknahme der sowjetischen Trup-
pen. Gleichzeitig ist die Frage bezüglich der Oel-
konzessionen und der Bildung einer gemeinsamen
Gesellschaft bereits im Jahre 1944 aufgeworfen
worden und hat förmlich keinerlei Verbindung mit
der Frage der Zurücknahme der sowjetischen Trup-
pen. Mit aller Hochachtung gez. Andrei Gromyko.“
Über die Geheimhaltung des Sicherheitsrates, die
mehr als zwei Stunden dauerte, wurde ein kurzes
Kommentar herausgegeben, in dem es heißt: „Die
Mitglieder des Rates tauschten informativ ihre
Ansichten über das in der iranischen Frage ein-
schlagende Verfahren aus.“
In der Erklärung wird ferner festgesetzt, daß
der sowjetische Delegierte auf der Sitzung nicht
anwesend war.

Zur Nazi-Konspiration
Frankfurt, 5. April. (DANA) Im Zuge der
Aktion gegen die Untergrundbewegung der ehemali-
gen Hitlerjugendmitglieder am 31. März wurden
eine Anzahl Frauen verhaftet, die im Verdacht
stehen, mit dieser Organisation Verbindung ge-
habt zu haben, wird von einem amerikanischen
Abwehroffizier mitgeteilt.
Von den 17 in Groß-Hessen verhafteten Perso-
nen waren zwölf Frauen. Fünf von diesen Frauen
waren Parteimitglieder und hatten leitende Stel-
lungen im BdM. Die übrigen sieben Frauen waren
mit ehemaligen Nazi-Offizieren verheiratet, eine
davon mit einem Generalmajor der ehemaligen
Wehrmacht.
Bei der Untersuchung gaben verschiedene der
verhafteten Frauen zu, daß sie über die umstür-
zerische Bewegung der ehemaligen Hitlerjugend-
führer unterrichtet waren. Andere gaben zu, daß
sie Verbindung mit der Organisation hatten, konn-

Letzte Neuigkeiten

London, 6. April. (DANA) Die Delegierten
von 18 europäischen Nationen nahmen am 5. April
auf der Londoner Erntetraktantenkonferenz eine fünf
Punkte umfassende Entschliebung an, die zur
strengsten Einsparung von Brotgetreide in allen
bei der Konferenz vertretenen Ländern führen
soll: 1. Eine Mindestausnahmsquote von 85% für
Weizen und 90% für Roggen. 2. Eine Überprüfung,
ob eine Erhöhung des Prozentsatzes für
Weizen auf 90% möglich ist. 3. Eine Streckung
des Mehles von mindestens 5% durch Befügung
von anderen Getreidearten außer Roggen soll in
Erwägung gezogen werden. 4. Die Einschränkung
der Verwendung von Getreide — besonders
Nährzwecke. Besondere Maßnahmen, um Ein-
bußen von Lebensmitteln beim Erzeuger zu ver-
meiden, vor allem alle Verluste an Getreide und
anderen Lebensmitteln durch Ungeziefer, Ratten,
Mäuse und Insekten.
Teheran, 6. April. (AP) Die iranische Re-
gierung kündigte an, daß Ministerpräsident Quam
Sultaneh und der sowjetische Botschafter ein
Abkommen unterzeichnet hätten, das die be-
dingungslose Zurückziehung der sowjetischen Trup-
pen aus Persien innerhalb 6 Wochen, vom 24. März
ab gerechnet, vorsieht. Quam Sultaneh unter-
zeichnet ferner, daß sich durch dieses Räumungsab-
kommen weitere Diskussionen im Sicherheitsrat
am 6. Mai erübrigten.
Paris, 6. April. (AP) Die Sowjetunion hat
um Verschiebung der für den Monat Mai in Paris
geplanten Friedenskonferenz ersucht. In der
marxistischen Stellungnahme, die den französischen
Vertretern in London und Moskau mündlich über-
mittelt wurde, wird betont, daß die Friedenskon-
ferenz erst nach einer Übereinkunft der drei
Großmächte über die Friedensverträge mit Italien,
Finnland und den Balkanländern beginnen solle.

Wohnen, Bauen, Daheimsein

Man kann den Menschen nicht nur mit der Art todschlagen, sondern auch mit der Wohnung...

Wollten wir den Rechenschieber nehmen, Unterbringungsmöglichkeiten für die Obdachlosen...

Die andern Menschen aber, die Schuldigen, Mitschuldigen, Mitläufer usw., die mit dem fiesken Fragebogen...

Man kann hier Zille ergänzen und sagen: Eine Aenderung der Widerstände gegen das Errichten neuer Wohnungen...

Es geht auf keinen Fall mehr an, daß einige zusehen und die anderen arbeiten. Hier müssen alle anpacken. Die gesamte Aufgabe geht uns alle an...

Die Frage des Wohnens, Bauens und Daheimseins ist die Schicksalsfrage, die im Interesse aller Menschen gelöst werden muß.

Mahnung an die Arbeitswilligen Stuttgart, 5. April. (DANA) In einem Rundschreiben an die Leiter der Arbeitsämter...

Es könne nicht länger zugelassen werden, daß während die einen täglich ihre Pflicht tun, andere sich durch Schieber und Schieberhandwerker ein leichtes Leben machen...

In den zerstörten Städten müsse zum „Aufbaudienst“ aufgerufen werden. In den nicht zerstörten Städten und Gemeinden sollen alle Handwerker und Baubetriebe wetteifern...

Aus dem Gewerkschaftsleben

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird die volle Unterstützung der internationalen Gewerkschaften erhalten...

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird die volle Unterstützung der internationalen Gewerkschaften erhalten...

Der in Amerika verbreiteten Ansicht, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zersplittert sei, tritt der amerikanische Gewerkschaftsführer...

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz Oertliche Berufsarbeitsgerichte in ganz Deutschland

Berlin, 4. April. (DANA) Der Alliierte Kontrollrat hat ein neues Arbeitsgerichtsgesetz erlassen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Vorschriften des deutschen Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23. Dezember 1926, jedoch in seiner ursprünglichen Fassung...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die deutschen Arbeitsgerichte unterstehen, lediglich zum Zwecke der Verwaltung...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen...

Das freie Wort

Herr Hugo Reinhardt, Karlsruhe, Georg Friedr. 34, sendet uns folgende Zuschrift:

Es gibt immer noch Menschen, die glauben, auf Grund ihrer Stellung die sie inne haben...

Herr Kühn, Weinrebenstr., gibt folgende Antwort zur Lumpensammlung...

Schluß mit Olympia-Revue Aus der Fülle der Zuschriften, die uns im Anschluß an die Kritik „Es nannte sich Olympia-Revue“ zugegangen sind...

Rückführung von Jugoslawen Wiesbaden, 5. April. (DANA) Die jugoslawische Regierung hat in einem Gesetz...

General Lucius D. Clay zum Fall Schöneberg Berlin, 5. April. (DANA) Der stellvertretende Militärbefehlshaber in der amerikanischen Besatzungszone...

SPD und KPD Südbaden für Vereinigung Freiburg/Br., 5. April. (DANA) Die badische Zeitung der „Süd-Kurier“ veröffentlicht eine Entscheidung der SPD und KPD...

Spaltung innerhalb der Berliner SPD Berlin, 5. April. (DANA) Die Loslösung von SPD-Parteimitgliedern...

Die tapferen Frauen von Kaubersdorf Hoch klingt das Lied der Frau'n vom Dorfe Kaubersdorf...

Die tapferen Frauen von Kaubersdorf Hoch klingt das Lied der Frau'n vom Dorfe Kaubersdorf...

Die tapferen Frauen von Kaubersdorf Hoch klingt das Lied der Frau'n vom Dorfe Kaubersdorf...

Nachrichten aus den Zonen

Amerikanische Zone: Mannheim. Der Zusammenschluß mehrerer Industrie- und Handelszweige...

Frankfurt. Der ehemalige SS-Mann Nikolaus Hartmann wurde vom Militärgericht Ludwigsburg wegen Mithandlung eines verwundeten amerikanischen Piloten...

Frankfurt. General Geoffrey Keyes, der Befehlshaber der kürzlich aufgelösten 7. Armee...

Frankfurt. Die Sozialdemokratische Partei in Groß-Hessen zählte 52.000 Mitglieder...

München. Der neue Staatskommissar für die politische Verwaltung, Otto Aster...

München. Die Kriegerverbände Nikolaus Fachinger und Heinrich Fieber sind wegen Ermordung von zwei amerikanischen Piloten...

München. Der neue Staatskommissar für die politische Verwaltung, Otto Aster...

München. Die Kriegerverbände Nikolaus Fachinger und Heinrich Fieber sind wegen Ermordung von zwei amerikanischen Piloten...

München. Der neue Staatskommissar für die politische Verwaltung, Otto Aster...

München. Die Kriegerverbände Nikolaus Fachinger und Heinrich Fieber sind wegen Ermordung von zwei amerikanischen Piloten...

Nürnberg Prozeß

Keitel offenbart erschütternde Charakterlosigkeit

Er lehnte Befehle ab - und richtete sich nach ihnen! - „Hilferufe“ Mussolinis an Hitler

(Fortsetzung von Seite 1)

Generalabstimmungskonferenz seien darauf aus, Material über die deutschen Pläne in die Hand zu bekommen. Nachdem Keitel eine ausführliche Erklärung über den Inhalt des Reichsverteidigungsgesetzes vom September 1938 und die Erweiterungen und Ergänzungen, die dieses Gesetz gegenüber dem reichein Reichsverteidigungsgesetz vom Jahre 1935 enthält, abgegeben hatte, wurde er von dem Gericht befragt, sich etwas kürzer zu fassen.

Der Nichte frage Keitel, wozu das sogenannte Dreierkollodium geschaffen worden sei, das auf Generalvollmachten für die Verwaltung und für die Wirtschaft und aus dem Chef des OKW bestand. Keitel erklärte: „Diese Stellen waren dazu beauftragt, jederzeit die fertigen Verordnungen im Kriegefall auf den verschiedenen Gegenständen in Kraft treten zu lassen, in ihren Schulden gegen zu haben.“

Wenige Minuten später sagte Keitel jedoch aus, daß der Reichsverteidigungsausschuß sich niemals mit der Planung oder Erwirkung von Kriegen befaßt habe.

Keitel machte sich keine Gedanken. Auf die Fragen Dr. Neltes nach Keitels Beteiligung an der Vorbereitung und Planung von Angriffskriegen im Osten, erklärte Keitel, daß er als „Offizier und Soldat“ gewesen sei. Er habe über diese Fragen keine Gedanken gemacht und habe als Berufssoldat sein Eigenleben verloren und aufgegeben. „Der Soldat kann verlangen, daß er seiner Befehlsführer vertrauen kann“, erklärte er, „bisher hat mich das Oberkommando der deutschen Wehrmacht, „Dementsprechend habe ich gehandelt.“

Zu Hitlers Plänen zur Aufrüstung und Aggression vom Februar 33 bis 39, führte Keitel aus: „Es war mir schon klar, daß wir mit dem Reichsverteidigungsgesetz von einer anderen Steuerung und der militärische Faktor eine andere Berücksichtigung fände, so daß wir es ehrlich bedauerten, daß in der Spitze der Regierung nun ein Mann stand, der uns aus unseren immerlichen Zuständen hinausführte.“

Keitel erklärte weiter, daß er sich seit 1935 keine Gedanken mehr über eine Verletzung des Versailler Vertrages gemacht habe, da er mit der Umformung des Heeres so beschäftigt gewesen sei, daß er über Angriffspläne nichts erfahren habe. Er sei über Hitlers Absichten, territoriale Fragen anschnitten, unterrichtet gewesen sei.

Ueber die Anweisung zu Mobilisierungsvorbereitungen vom Juli 35 äußerte sich Keitel: „Wir waren sehr zufrieden, daß man endlich anfing, der Wehrmacht zu zeigen, womit sie sich zeitig oder sonst zu befassen habe.“

Hitler habe ihm im Frühjahr 1938 „Gedanken über die Vorbereitung eines bewaffneten Konfliktes mit der Tschechoslowakei“ mitgeteilt, erklärte Keitel in der Donnerstag-Morgensitzung. Diese Mitteilung sei ihm völlig überraschend gekommen und er sei, wie er schon damals erklärt, es sei „sein unüberwindlicher Wille“, in absehbarer Zeit gegen die Tschechoslowakei vorzugehen.

Das Ansehen Hitlers bei den Generalen sei, erklärte Keitel weiter, nach dem Münchener Abkommen, durch den Krieg vermindert wurde, bedeutend gestiegen.

Keitel gab zu, Oberstleutnant Köhnig Hitler zur Verfügung gestellt zu haben. Hitler habe diesen dann wohl, als eine Art militärischen Berater zur Unterstützung des Naziführers der Tschechoslowakei eingesetzt.

Keitel behauptete ferner, er habe niemals an den Besprechungen mit Dr. Emil Hacha und Dr. Joseph Tschirch teilgenommen. „Ich würde stets nur vorgeschaltet“, sagte er, „und dann dankend verabschiedet. Nachher habe ich dann in den Vorzimmer erwartet, ob ich benötigt wurde.“

Hitlers „unwissender“ Gefolgsmann Die Vorbereitungen für den deutschen Angriff auf Norwegen hätten bereits im Oktober 39 begonnen, gab Keitel im weiteren Verlauf der Verhandlung zu. Hitler habe damals einen Sonderstab „zum Studium der Probleme einer Besetzung Norwegens“ eingerichtet, mit dem Keitel aber nichts zu tun gehabt hätte.

Von Vermittlungsversuchen des Schweden Dahlerus, von den britischen Interventionen zu Beginn des Krieges und von allen anderen Bemühungen ausländischer Staatsmänner, den Krieg zu vermeiden oder ihn in den ersten Septembertagen 39 vor einer Ausdehnung zu bewahren, will Keitel erst im Laufe des Prozesses mit einem Einzelnen der anderen Generale, so behauptete er, hätten nichts davon gewußt.

Im Verlauf des Verhörs am Donnerstagmorgen bestätigte Keitel, daß Hitler vor dem Überfall auf Polen, Admiral Canaris mit der Beschaffung politischer Uniformen beauftragt habe und daß sowohl Canaris als auch er selbst sich vollständig über den illegalen Zweck dieser Aktion im Klaren waren.

Keitel behauptete weiter, er habe zugehört, daß im Falle Polen die militärischen Druckmittel des Reichs in Rom spielen könnten wie in München, und er habe mit einer Lösung auf dem Verhandlungsweg gerechnet.

Die Frage Dr. Neltes, ob ihm bekannt sei, daß Hitler schon im Herbst 38 den Krieg gegen Polen plante, verneinte Keitel, gab aber zu, damals mit Hitler die die deutschen Absichten zu der Offensivemission inspiriert zu haben. Im weiteren Verlauf des Verhörs gab Keitel ferner zu, daß Hitler damals schon die Annexion Danzigs durch einen Handstreich plante. Es sei wohl auch mit einem Krieg gegen Polen gerechnet worden. Hitler hätte ihm aber gesagt, er nicht mit einem Einzelnen der Westmächte rechnen, da diese nicht besonders an den Ostländern interessiert seien.

Aus militärischen Erwägungen heraus hätten er und Brauditsch, so führte Keitel weiter aus, einem Krieg mit Polen ablehnend gegenüber gestanden. Er habe zugehört, daß Deutschland für einen Krieg noch nicht genügend vorbereitet gewesen sei.

Auf die Frage Dr. Neltes, ob er nach der Zusammenkunft zwischen Hitler und den Generalen am 30. Mai 1939 zugehört habe, daß es zu einem Krieg kommen werde, antwortete Keitel: „Nein“. Ich habe in vielleicht etwas harmloser Form, daß die Verhandlungen wie im Falle München wiederholen würden.“

In den kritischen Tagen des August 39 sei er immer nur für kurze Augenblicke in der Reichskanzlei gewesen, behauptete Keitel. Hitler habe ihn auch von den Forderungen an Polen erzählt. Die Zwischenfälle seien jedoch dabei nicht erörtert worden.

Keitel entwarf Angriffspläne für Holland und Belgien

Keitel gab schließlich zu, die Pläne für einen Angriff auf Belgien und Holland völlig ausgearbeitet zu haben. Der Befehl zum Angriff wurde von Hitler jedoch bis zum Frühjahr 1940 zurückgehalten, da er, wie Keitel erklärte, immer hoffte, „das Problem werde sich durch eine Neutralitätsverletzung seitens der Westmächte automatisch lösen.“ Die Pläne zu diesem Angriff seien von Hitler außerordentlich geheimgehalten worden, da er auf Grund der engen Beziehungen zwischen dem belgischen und italienischen Königsaus eine Indiskretion befürchtete.

Die Frage Dr. Neltes, ob er Hitlers zahlreiche Zusicherungen, er werde die Unverletzlichkeit der neutralen Staaten achten, für ehrlich gehalten habe,

belehnte Keitel. Er habe zugehört, daß der Krieg sich auf Polen beschränken würde, da Hitler am Ende des Polenfeldzuges in einer Reichstagsrede die Möglichkeit von Verhandlungen mit England angedeutet. Erstaunen herrschte, daß Frankreich und England nicht während des Polenfeldzuges im Westen angriffen hätten. Die deutschen Kräfte am Westwall seien außerordentlich gering gewesen, und ein französischer Angriff wäre auf keine nennenswerte Abwehr gestoßen.

Hitlers falsche Kalkulation Da die Westmächte, diese strategisch zünstige Lage nicht ausnutzten, habe Hitler ihm öfters erklärt, daß Polen für England und Frankreich kein wirkliches Interesse habe. Keitel habe deshalb gehofft, so erklärte er, man würde zu einem Friedensschluß kommen können.

Hitler sei jedoch der Ansicht gewesen, daß man noch im Winter 39/40 zum Angriff im Westen vorzugehen müsse und befehl den Aufmarsch der deutschen Truppen in 1. Linie an der unbesetzten holländischen und belgischen Grenze. Keitel erklärte weiter, daß er immer geglaubt habe, Belgien werde seine Neutralität unbedeutend wahren wollen. Hitler habe einer „unkontrollierbaren Gerüchten“ Glauben geschenkt, die von der Gefahr einer englisch-belgischen Zusammenarbeit sprachen. Hitler habe deshalb zum Angriff im Westen gedrängt, während er und der ehemalige Oberbefehlshaber des Heeres Walter von Brauchitsch wenigstens bis zum Frühjahr warten wollten, da sie einem Winterkrieg skeptisch gegenüberstanden. Es sei deshalb zu einer „ersten Krise“ zwischen Hitler und ihm gekommen, behauptete Keitel, und er habe um seine sofortige Entlassung gebeten. Die Hitler jedoch scharf abgelehnt habe. Von diesem Zeitpunkt an sei das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und Hitler „total zerbrochen“ gewesen.

von Kluge: „Es gab keine Erfolge.“ Ein Abschiedsbrief, den Feldmarschall Günther v. Kluge, der Oberkommandierende der deutschen Armeegruppe in der Schlacht in der Normandie vor seinem Selbstmord an Hitler gerichtet hat, wirft diesem das Mißlingen des Versuchs vor, die Invasion der Alliierten aufzuhalten und beschwört ihn, den Krieg zu beenden. Kluge hat den Brief am 18. August 1944 geschrieben, nachdem er nach dem vergeblichen deutschen Versuch, den Durchbruch General Pattons aufzuhalten, seines Postens entbunden worden war. Der Brief wurde von einem Offizier des britischen Sicherheitsdienstes gefunden. Kluge schreibt an Hitler, daß es seinen Truppen unmöglich sei, den Durchbruch bei Avranches abzuwehren, weil es ihm an Waffen mangelte und die alliierte Land- und Luftüberlegenheit überwältigend war. „Da gab es keine Erfolgschancen“, schreibt er, „das einzige, was ich noch tun konnte, war, die Panzerunterstützung für die Westmächte zu beenden, die notwendig war.“

Nachdem Kluge der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß sein Nachfolger mehr Erfolg haben würde, schreibt er: „Sollte es nicht sein, dann, wenn Sie entschlossen sind, den Krieg zu beenden, so ist das deutsche Volk hat so viele unglückliche Stunden erduldet, daß es Zeit ist, diesem Schrecken ein Ende zu machen.“

Keitels angeblicher Versuch zur Kriegsverhandlung Wie aus Keitels Aussagen hervorgeht, habe er sich bemüht, Hitler davon zu überzeugen, daß der Krieg gegen Rußland zu überzogen sei, daß die militärischen Kräfteverhältnisse untrahbar sei. Er habe Hitler gebeten, dem Angriff auf Rußland, dem „Präventivkrieg“, wie er ihn nannte, wenigstens ein Ultimatum an Moskau voranzuschicken, um dadurch eine Basis für den Angriff zu haben. Dies sei die Absicht von Hitler abgelehnt worden.

Hitler habe ihm erklärt, so führte Keitel weiter aus, daß er die in einer Denkschrift niedergelegten Gedanken über die militärische Untrahbarkeit des Krieges gegen Rußland als falsch ablehne. Keitel habe daraufhin erneut um seinen Abschied nachgesucht, was Hitler jedoch wiederum abgelehnt habe.

Während seines Besuchs bei Ribbentrop in dessen Landhaus in Fuschl habe er den Außenminister gebeten, ihn außenpolitisch bei seinen Bestrebungen zu unterstützen und Hitler zu beeinflussen, den Krieg zu vermeiden. Auch das sei ohne Erfolg geblieben.

Hamburg, 5. April. (DPA) Im April v. Js. bestand ein Befehl, alle gefährlichen Gegner der nationalsozialistischen Systems hinanzuführen, sobald diese alliierten Truppen sich näherten, sagte der Hauptangeklagte Max Pauli, im Kriegsverbrecherprozeß von Neumagen, als er als Zeuge vernommen wurde.

Pauli erklärte, der Befehl sei ihm in seiner Eigenschaft als Kommandant des Konzentrations- und Polizeilagers von Hamburg, Graf v. Bassewitz-Baer, übermittelt worden. Bei der Befolgung dieses Befehls hätten alle politischen Häftlinge der Neumagenkammer vor der Evaluierung des Lagers befreit werden. Er habe diesen klaren Befehl seines Vorgesetzten nicht bewußt ausgeführt.

Er erklärte, im Sommer 1944 hätten sich die Verhältnisse im KZ-Neumagen infolge des deutschen Rückzuges im Osten und Westens dramatisch verschlechtert, weil immer mehr Häftlinge ins Lager geschickt worden seien. „Derartige Wellen verendeten und verhungerten Massen konnten nicht so versorgt werden, wie es hätte sein müssen, da sie meist kurz hintereinander eintrafen. Die Verhältnisse sind mir und meinen Untergebenen über den Kopf gewachsen.“

Zu dem von einem Zeugen gemachten Vorwurf, daß er sich große Mengen von Zigaretten, Kaffee, Schokolade und Tee aus Rote-Kreuz-Paketen für die Häftlinge angeeignet habe, äußerte Pauli, daß weder er selbst noch seine Familie etwas davon bekommen hätten. Die Tuberkulose-Versuche an Kindern, so sagte der ehemalige Kommandant, seien eine rein ärztliche Angelegenheit gewesen. Die Versuche seien von SS-Obergruppenführer Pohl befohlen worden und Prof. Heißmeyer aus Berlin habe sie geleitet.

Kugelaktion in Mauthausen Dachau, 5. April. (DANA) „Nie in meinem Leben werde ich den Moment vergessen, als am 5. Mai 1945, um 13.15 Uhr, fünf amerikanische Panzer vor dem Schlagbaum des Konzentrationslagers Mauthausen standen“, sagte der Zeuge Professor Blaislaw Busak im Prozeß gegen 61 ehemalige Angehörige des Stabes des Konzentrationslagers Mauthausen.

„Hundert und später Tausende“, so fuhr der Zeuge fort, „stürzten durch das Tor des Konzentrationslagers hinaus auf das Sportfeld. Es war grauenvoll, anzusehen, wie Gefangene ohne Arme oder Beine und andere, die vor Entkräftung nur noch kriechen konnten, sich wie Tiere auf das Tor zu bewegten. Wie Bienschwärme hingun sie an den Panzern. Es war anzuschauen, wie der Tag des Jüngsten Gerichts.“

Der Zeuge gab einen Bericht, wie er und seine Mitgefängnisse im Krankenrevier dazu gezwungen

Im Zusammenhang mit den Besprechungen Molotows in Berlin im Jahre 1940 über deren Ausgang Hitler enttäuscht war, habe er, erklärte Keitel weiter, den Vorgesetzten gesagt, Hitler solle persönlich mit Stalin verhandeln.

Krieg ohne Völkerrecht und Gerichtsbarkeit „Hitler nannte den Krieg mit Rußland den Entschiedensten Kampf zwischen 2 Weltanschauungen“, sagte Keitel auf die Frage nach der Besprechung, die am 14. Juni 1941, also eine Woche vor dem Angriff auf Rußland, mit dem Oberbefehlshaber stattfand. Hitler habe weiter gesagt, so fuhr Keitel fort, daß dieser Krieg mit völkerrechtlichen Mitteln nicht geführt werden könne, daß die Gerichtsbarkeit ausgeschaltet und jeder Widerstand mit den brutalsten Maßnahmen niedergeschlagen werden müsse. Auf die Frage Dr. Neltes, ob Keitel gegen diese Anweisungen Vorstellungen gemacht oder sie durch Einwürfe erhoben habe, antwortete Keitel: „Nein, ich habe keine Vorstellungen erhoben. Es ist mir auch nicht bekannt, ob sich andere Generale an den Führer gewandt haben. Es ist jedenfalls nach dieser Besprechung nichts mehr geschehen.“

Keitel hatte vorher erklärt, daß er sich Anfang März 41 darüber klarwerden sei, daß Hitler entschlossen war, die Sowjetunion anzugreifen. Der Angriff hätte Mitte Mai erfolgen sollen und Mitte März hätte die Entscheidung über den Eisenbahnaufmarsch getroffen werden müssen. Es sei ihm klar gewesen, so sagte Keitel in diesem Zusammenhang weiter, daß mit dem Fatschichow-Krieg gegen Rußland, die sie einem Winterkrieg anzuwenden würden. Keitel nannte dabei die geplante Ausplünderung der besetzten Gebiete, die Bildung der Reichskommissariate und erwähnte ebenfalls die völkerrechtlichen Verträge. Es sei beschlossen worden, dem Reichsführer SS Himmler für die ganzen politischen Aktionen, die in später bekannt geworden seien, umfassende Vollmacht zuzuerkennen. Er habe sich dagegen gewehrt, behauptete Keitel. Er könne allerdings keinen anderen Zeugen dafür nennen, als Generaloberst Jodl.

Im weiteren Verlauf des Verhörs sagte Keitel aus, Deutschland sei völlig gegen seinen Willen in den Balkankrieg hineingezogen worden. Mussolini habe den Angriff auf Griechenland begonnen und da er ihn nicht alleine zu Ende führen konnte, habe er schon im November 1940 zahlreiche „Hilferufe“ an Hitler gerichtet. Deutschland habe daraufhin einen Entlastungsangriff von Norden beschlossen. Keitel fügte hinzu, daß ihm der Angriff auf Jugoslawien völlig überraschend gekommen sei. Der Angriff sei auch gänzlich „improvisiert“ durchgeführt worden.

Der „Nacht- und Nebel-Erlass“ Auf Aufforderung Dr. Neltes erklärte Keitel in der Donnerstag-Sitzung: „Es ist mir völlig klar, daß die Verbindung meines Namens mit dem sogenannten Nacht- und Nebel-Erlass vom 7. Dezember 1941 eine starke Belastung für mich darstellt, wenn ich es auch ein Führererlaß ist.“

Zu Beginn der Verhandlung bestätigte Keitel eine von ihm selbst gegebene schriftliche eidesstattliche Erklärung, derzufolge die SS seit Beginn des Krieges in der Besetzung des Reiches innerlich der Führer innerhalb des Reiches geworden sei. In dem Bericht heißt es weiter, Keitel und seine Mitarbeiter hätten keine Einsicht in die Vollmachten Himmlers gehabt und Himmler und Heydrich hätten die Rechtsprechung über Leben und Tod in den besetzten Ländern an sich gezogen.

Im Verlaufe des Verhörs erklärte Keitel, daß der „Nacht- und Nebel-Erlass“ zweifellos „äußerst gefährlich“ gewesen sei und nicht seinem Rechtsverständnis entsprochen habe. Allerdings habe er die „ungehörliche Tragik“, die aus diesem Befehl entspringe, damals nicht ahnen können, sich auch erstunten darüber gemacht, daß die „Nacht- und Nebel-Erlass“ der Gestapo übergeben wurden, da er diese für ein „normales Polizeiergänz“ gehalten habe.

Im weiteren Verlauf des Verhörs erklärte Keitel, die deutsche Armeeführung sei bei ihrer Planung im wesentlichen von zwei Gesichtspunkten ausgegangen. Erstens, unter allen Umständen, daß die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg einträten und zweitens habe man gehofft, Japan werde der Sowjetunion den Krieg erklären.

Gerichtsvorverfahren zu langwierig Keitel gab zu, bei der Abfassung derjenigen „Heeresdruckschriften“ mitgewirkt zu haben, die

jedem Regiments- oder selbständigen Bataillonskommandeur das Recht zugeben, Geiseln zu nehmen und das Schicksal dieser Geiseln den Generalen vom Divisionalkommandeur aufwärts zu überantworten. Auch der Befehl vom 16. September 1941 über die Niederwerfung kommunistischer Aufstandsbegehren in den besetzten Gebieten“ sei von ihm unterzeichnet worden. Er fügte jedoch hinzu, daß dieser Befehl durch persönlichen Einfluß Hitlers zustande gekommen sei. Das Geiselschicksal, das in demselben Monat geschäffen wurde, stamme jedoch nicht von ihm, und stehe auch in keinem Zusammenhang mit dem Befehl vom 16. September.

„Im Herbst 1941 und dem darauffolgenden Winter merhten sich die Aufstandsbegehren in den besetzten Gebieten“, so erklärte Keitel weiter. Als Hitler bei den Lagesbesprechungen von dem Zustand der Aufstandsbegehren und Sabotageerfolge habe er, um eine schnelle Befriedung des Landes zu erzielen, den Abtransport der Beschuldigten in kürzester Frist gefordert, da die „langwierigen Gerichtsverfahren“ nicht hierzu geeignet seien.

Ueber die wachsende Aktivität der Widerstandsbegehren in den besetzten Gebieten sei Hitler sehr erregt gewesen. Hitler habe ihn mehrmals aufgefordert, drakonische Maßnahmen gegen Sabotageerfolge, wie die Fallschirmspringer und die Führerrolle vom 18. Oktober 42, der die Maßnahmen gegen feindliche Fallschirmspringer betreffen, habe er für bedenklich gehalten. Er habe „nicht gewußt, was er machen sollte“, da er der Ansicht war, diese Fallschirmspringer müßten „eben in deutsche Hände fallen, vorsch. Keitel behauptete nochmals, er habe diese Maßnahme durchaus vorgezogen und fügte hinzu: „Da der Befehl nun einmal unterschrieben war, blieb uns nichts anderes übrig, als ihn anzunehmen.“

„Der ehemalige Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, wurde heute vom Gericht als

Entlastungszeuge für Kaltbrunner zuzulassen. Höß, der am 8. März d. Js. in der Nähe von Flossenbürg verhaftet wurde, hatte nach seiner Vernehmung gestanden, daß er in Ausführung von Befehlen Himmlers zwischen Juli 1941 und Ende 1944 persönlich die Verfassung von zwei Millionen Menschen anordnet habe. Die Verteidigung Kaltbrunners wird nach dem Ende der Verteidigung Keitels beginnen.“

Schuschniz gegen Ribbentrops Aussage Dr. v. Schuschniz beschäftigte sich in einer in Luzern gehaltenen Rede mit den Aussagen Ribbentrops im Nürnberger Prozeß über die Besprechungen zwischen Schuschniz und Hitler am 12. Februar 1942 in Berchtesgaden. Ribbentrop habe dann behauptet, daß Schuschniz den deutschen Vorschlägen von Anfang an zugestimmt hätte. Hierzu erklärte Schuschniz, er sei nach Berchtesgaden erst gereist, nachdem ihm die deutschen Behörden die Zusicherung gegeben hatten, Deutschland werde die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht stützen, auch dann nicht, wenn die Verhandlungen scheitern sollten. Zu seiner größten Überraschung, erklärte Schuschniz weiter, sei Generalfeldmarschall Keitel bei den Besprechungen anwesend gewesen und Ribbentrop habe ihm ein Dokument mit den deutschen Bedingungen übergeben, die Ribbentrop habe dann erklärt, daß über diese Bedingungen nicht verhandelt werden könne und daß die deutsche Armee in Oesterreich einmarschieren würde, wenn Schuschniz den Bedingungen nicht zustimmte.

Hitlers Privatskretärin verhaftet Die Privatskretärin Hitlers, Marie Thekla Weichelt geb. Michel, wurde in Uettingen bei Würzburg im Hause des ehemaligen Ortsgruppenleiters Speth von amerikanischen Sicherheitsdiensten festgenommen und ins Gefängnis von Würzburg eingeliefert. Ihr Mann war SS-Obersturmführer im Führerhauptquartier der V-1er bis zum Einbruch der Amerikaner Reichardt in München. Nähere Einzelheiten wurden von amerikanischen Sicherheitsdiensten noch nicht bekannt gegeben.

Keitel habe einen Tag später erfragen wiederzusehen. Diejenigen, die noch lebten, wurden von einigen SS-Leuten mit Axten, Eisenstäben usw. erschlagen. Auch der Angeklagte Eisenmeier war daran beteiligt.

Nach seinen Aussagen mußte sich der Zeuge dem Kriegsverhör durch die Verteidigung unterwerfen. Er bekundete, daß er als Kriegsbote nach Buchenwald kam und später in Mauthausen als „Krimineller“ bezeichnet war.

Als nächster Zeuge betrat der Oesterreicher Hans Marsalek den Zeugenstand. Er kam im September 1942 nach Mauthausen, weil er 1938 von der damaligen Wehrmacht desertierte.

Dr. Anthony Goscinik, ein Pole, der als Häftlingsträger in Gusen tätig war, erklärte, daß ein großer Handel mit menschlichen Häuten bestand. Der Angeklagte Krebsbach befahl, daß zwei völlig gesunde Gefangene ergriffen und getötet wurden, um die Haut der Gefangenen zu erhalten. Der Zeuge erkannte auch den SS-Doktor Friedrich Entfell, der an dem Handel mit Menschenhäuten beteiligt war.

Kindermörder zum Tod verurteilt Braunschweig, 5. April. (DPA) Der ehemalige Kreisleiter der NSDAP in Helmstedt, Heinrich Gericke, und der Abteilungsleiter bei der Kreisleitung, Georg Heßling, wurden von dem britischen Militärgericht in Braunschweig zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Verurteilten waren angeklagt, durch willkürliche Vernichtung den Tod von 91 polnischen Kindern im Kinderheim Velpe verschuldet zu haben. Die frühere Leiterin des Kinderheimes, Frau Valentin Billen, wurde zu 10 Jahren und der Anwalt Dr. Demmerich, zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Synagogen-Brandstifter vor Gericht Wiesbaden, 5. April. (DANA) Gegen die ehemaligen Nazifunktionäre Pickard (SA-Obersturmführer), Robert (NSKK-Führer), Fiedler (politischer Leiter), und Haberle (SA-Mann), aus Wiesbaden-Schiester, begann vor dem Landgericht Wiesbaden am 2. April der Prozeß wegen Brandstiftung an der Synagoge in Schierstein in Tateinheit mit Landfriedensbruch in der Nacht des 10. November 1938. Im Verlaufe des zweiten Verhandlungstages wurde der Belastungszeuge Werner aus Wiesbaden-Schiester auf Antrag des Staatsanwalts und der Verteidigung unter Meineidverdacht im Gerichtssaal festgenommen.

Im Prozeß gegen die Synagogenbrandstifter vom 10. Nov. 1938 aus Wiesbaden-Schiester vor dem Landgericht Wiesbaden beantragte der Oberstaatsanwalt in der Donnerstagsitzung gegen den ehemaligen SA-Obersturmführer Pickard sieben Jahre Zuchthaus, Pickard war der Rädelführer der Brandstifter. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch und Beihilfe zu schwerer Brandstiftung. Gegen den ehemaligen SA-Mann Haberle, der auch als Rädelführer anzusehen sei und als Gehilfe bei der Brandstiftung fungierte, wurde Antrag auf ein Jahr Zuchthaus gestellt. Gegen den früheren Politischen Leiter Bill beantragte die Oberstaatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe von neun Monaten wegen Beihilfe bei der Brandstiftung. Im Falle des Angeklagten ehemaligen NSKK-Führers Albert plädierte er wegen erwiesener Unschuld auf Freispruch.

Kriegsverbrecherprozess Lidice Prag, 5. April. (DANA) In der Verhandlung gegen den ehemaligen Staatsminister von Böhmen und Mähren, Paul Hermann Frank, im Prozeß Kriegsverbrecherprozeß, erklärte der Angeklagte: Die Plünderungen tschechischer Kunstschätze sei von Heydrich veranlaßt worden. Heydrich habe sich alle Werkzeuge beschaffen, um das Gewölbe, das die böhmischen Kronjuwelen beherbergte, öffnen zu können.

Frank leugnete zuerst, von dem Schicksal der Kinder von Lidice gewußt zu haben. Später gestand Frank, er habe persönlich den Mord und die Zerstörung des tschechischen Dorfes Lidice gesehen.

Frank leugnete auch jegliche Mitschuld an dem Studentennord im November 1939. Der Angeklagte wurde jedoch einem Studenten namens Schubert gegenübergestellt, der aussagte, K. H. Frank habe ihn selbst im Gefängnis mißhandelt, kurz bevor seine Kameraden erschossen wurden.

Prozeß gegen Robert Wagner eröffnet Straßburg, 5. April. (DANA) Der Prozeß gegen den ehemaligen Gauleiter des Elsaß, Robert Wagner, wird nach einer BBC-Meldung am 23. April eröffnet.

Insgesamt werden sich sechs Angeklagte vor dem Straßburger Militärgericht zu verantworten haben. Zwei weitere Angeklagte, unter denen sich der Präsident des Straßburger Sondergerichts befindet, werden in Abschwächung abgeurteilt werden.

Bis jetzt wurden von der Anklage 20 Belastungszeugen genannt. Die Angeklagten werden von deutschen Rechtsanwälten verteidigt werden, da alle französischen Rechtsanwälte die Verteidigung der Kriegsverbrecher ablehnten.

Das letzte Gefecht Angesichts der in Basel durch die CSS veranstalteten Ausstellung, deren Ertrag eine Naturhilfe für deutsche antifaschistische Künstler bringen soll, verdient nichtstehender Beitrag von Dr. Hans von Fischer, Präsident der CSS besondere Bedeutung:

„Spanien hat während dieses einen Kriegsjahres eine Entwicklung durchgemacht, die es vom mittelalterlichen Feudalstaat zum modernen Kulturstaat führte. Die spanische Volksfrontregierung und die riesige Aufbauarbeit wird erhalten bleiben, wenn es der Republik gelingt, Franco zu besiegen und die fremde Invasionsarmee aus dem Lande zu jagen. Wenn die fremden Eroberer den Sieg davon tragen sollten, so wird Spanien das Schicksal eines Kolonialstaates mit ausländischen Konzessionen zur industriellen Ausbeutung seiner Bodenschätze erleiden. Die Geburt des wahren nationalen Spaniens ist nur möglich bei einem vollständigen Sieg der republikanischen Armee.“

Als ich im Jahre 1937 diese Worte am Ende einer Rede über den spanischen Bürgerkrieg sprach, waren nur wenige Menschen von ihrer Richtigkeit überzeugt.

Am 22. Februar 1946 meldet die Neue Zürcher Zeitung aus Madrid:

„Die Todesurteile gegen Garcia Gorda und Castro Rodriguez sowie gegen acht Misanthropen sind vollstreckt worden. In einer Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß die Angeklagten im April 1945 heimlich nach Spanien gekommen seien und sich dort staatsfeindlich betätigt hätten.“

Das Todesurteil gegen Garcia hatte in weiten Kreisen, vor allem in Frankreich, großes Aufsehen erregt. In diplomatischen Kreisen hat die Bekanntmachung über die Vollstreckung des Urteils einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Gleichzeit mit Garcia und Rodriguez wurden folgende Angeklagte hingerichtet: Francisco Esteban, Luis Fernandez de Avila Luna, Francisco Carrasco Sanchez, Gonzalo Gonzalez, Antonio Medina Vera, Joaquin Almaraz Alonzo und Eduardo Puente Quijarro. Entgegen den Bräuchen wurde die Unterzeichnung des Todesurteils durch General Franco nicht publiziert, obwohl man nach jeder Zusammenkunft des Kabinettsrates mit einer Bekanntmachung rechnete.“

Auch in nicht links stehenden Kreisen Europas haben heute Todesurteile gegen spanische Freiheitskämpfer zu empfinden Protesten.

In der Erkenntnis, daß humanitäre Arbeit auf den ersten mit politisch fortschrittlichen Denken verbunden sein muß, daß der Sinn jeden Fortschritts nur der sein kann, das Leben möglichst vieler Menschen lebenswert zu machen, wurde im Jahre 1937 in Paris ein halbes Jahr nach Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs die Centrale Sanitaire internationale gegründet.

Die Antifaschisten der ganzen Welt haben damals klar als die Regierungen in London und in Washington, was auf dem Spiele stand, erkannt. Es galt mit allen Mitteln denjenigen Menschen zu helfen, die sich in Spanien in die Front der Freiheitskämpfer einreihen. Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk und der Schweizerische Arbeitssammlerstellten ihre Kräfte sofort der spanischen Republik zur Verfügung. Die Centrale Sanitaire Suisse wurde gegründet, um mit der Centrale Sanitaire internationale den Sanitätsdienst der spanischen republikanischen Armee aufzubauen. Zahlreiche Schweizer zögerten nicht, als Soldaten in die Reihen der spanischen Freiheitskämpfer zu treten. Eine damals mißverständliche Feindschaft hat sich aber über diese kleinen, aber tapferen Freiheitskämpfer entzündet. Heute hat man auch bei uns - leider sehr spät - begriffen, was damals in Spanien vor sich ging.

Im Oktober 1937 fuhr ich nach Spanien. Im Auto durchquerten wir die Pyrenäen. In Barcelona ließ die Unklarheit des ersten Luftangriffes, „Eine Schule wurde zerstört“ notierte ich in meinem Tagebuch, viele Kinder sind verletzt, viele umgekommen. Die Morgenzeitungen bringen Genaueres: 40 tote Kinder, ein ganzer Häuserblock zerstört, Hunderte von Verletzten. Das ist die Bilanz dieses „kleinen“ Bombardements aus großer Höhe. Barcelona hat zwei Millionen Einwohner, vierzig tote Kinder, es ist wenig und doch viel.“

„Auch an Tote gewöhnt man sich.“ Die Lektüre meines Spanienabrechens wirkt heute noch wie ein Blitz aus dem blauen Äther der Zeit. Wir haben uns seither an Tote gewöhnt, 25 Millionen Tote sind das Resultat des zweiten Weltkrieges. Die vollständige Mißachtung des menschlichen Lebens.

Man sieht und findet die Schuldigen. Man glaubt, daß man durch Bestrafung der mörderischen Europa zu machen kann. Man identifiziert ganze Länder und ganze Völker mit der Kriegsschuld. Kriegsverbrecherprozesse sind notwendig, sie sollen und müssen durchgeführt werden. Aber das genügt nicht. Die Menschen, die 1933 für mehr als ein Jahrzehnt in Konzentrationslagern wanderten, diejenigen, die 1936 aus aller Herren Länder nach Spanien zogen, um die bedrohte Freiheit zu verteidigen, diejenigen, die in Jugoslawien, Polen, Frankreich, Holland und Norwegen unterirdisch verlorenem Posten, in den Wäldern und im Gebirge kämpften, die Einsamen, die deshalb vielleicht die Mutigsten, die Kämpfer der stummen Front in Deutschland sind diejenigen, für welche die Volksspende für die Freiheit bestimmt ist.

Noch kämpft in Spanien eine kleine Schar auf schwerem Posten. Die spanischen Freiheitskämpfer von 1946 sind allein. Die Tragik der Geschichte will es, daß diejenigen, die als erste in Europa die Fahnen der Freiheit erhoben, heute das letzte Gefecht gegen den Faschismus liefern müssen.

Auch für sie ist die Volksspende für die Freiheit bestimmt.

denbruch und Beihilfe zu schwerer Brandstiftung. Gegen den ehemaligen SA-Mann Haberle, der auch als Rädelführer anzusehen sei und als Gehilfe bei der Brandstiftung fungierte, wurde Antrag auf ein Jahr Zuchthaus gestellt. Gegen den früheren Politischen Leiter Bill beantragte die Oberstaatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe von neun Monaten wegen Beihilfe bei der Brandstiftung. Im Falle des Angeklagten ehemaligen NSKK-Führers Albert plädierte er wegen erwiesener Unschuld auf Freispruch.

Kriegsverbrecherprozess Lidice Prag, 5. April. (DANA) In der Verhandlung gegen den ehemaligen Staatsminister von Böhmen und Mähren, Paul Hermann Frank, im Prozeß Kriegsverbrecherprozeß, erklärte der Angeklagte: Die Plünderungen tschechischer Kunstschätze sei von Heydrich veranlaßt worden. Heydrich habe sich alle Werkzeuge beschaffen, um das Gewölbe, das die böhmischen Kronjuwelen beherbergte, öffnen zu können.

Frank leugnete zuerst, von dem Schicksal der Kinder von Lidice gewußt zu haben. Später gestand Frank, er habe persönlich den Mord und die Zerstörung des tschechischen Dorfes Lidice gesehen.

Frank leugnete auch jegliche Mitschuld an dem Studentennord im November 1939. Der Angeklagte wurde jedoch einem Studenten namens Schubert gegenübergestellt, der aussagte, K. H. Frank habe ihn selbst im Gefängnis mißhandelt, kurz bevor seine Kameraden erschossen wurden.

Prozeß gegen Robert Wagner eröffnet Straßburg, 5. April. (DANA) Der Prozeß gegen den ehemaligen Gauleiter des Elsaß, Robert Wagner, wird nach einer BBC-Meldung am 23. April eröffnet.

Insgesamt werden sich sechs Angeklagte vor dem Straßburger Militärgericht zu verantworten haben. Zwei weitere Angeklagte, unter denen sich der Präsident des Straßburger Sondergerichts befindet, werden in Abschwächung abgeurteilt werden.

Bis jetzt wurden von der Anklage 20 Belastungszeugen genannt. Die Angeklagten werden von deutschen Rechtsanwälten verteidigt werden, da alle französischen Rechtsanwälte die Verteidigung der Kriegsverbrecher ablehnten.

aus der Verantwortung der Nazis

„Es war ein jüngstes Gericht“ - Menschen zum Vieh erniedrigt

werden sollten. Listen von Kranken aufzustellen, die verzagt werden müßten. Sie weigerten sich, diesen Befehl auszuführen. „Wir haben dadurch Tausenden das Leben zerrissen“, erklärte der Zeuge.

Der französische Zeuge Maurice Lampe schilderte dem Gericht die sogenannte „Kugelaktion“. Diese Aktion wurde durch die „Elite“ eingerichtet worden. Im September 1944 wurden 50 russische Offiziere an der Bunkerwand aufgestellt. Sie wurden der Reihe nach in einen in der Nähe gelegenen Keller geführt. Ich hörte dann nur noch die einzelnen Schüsse.

Der französische Zeuge Frederic Ricol sagte aus, daß der Angeklagte Spatzenger der Befehl über ein Kommando hatte, das im September 1944 an zwei aufeinanderfolgenden Tagen 26 bzw. 26 britische, amerikanische ein selbständiges Fallschirmtruppe, amerikanische er erschlagen hat. Ein anderer Zeuge, Ernst Schmehling, bekundete, daß er von dem Angeklagten Müller Kenntnis hatte. Müller war Chef der politischen Abteilung des Lagers, auch Festungsdirektor der Anklage, einem Gefangenen Splitter in die Finger geklickt.

Handel mit Menschenhäuten Sodann wurde die Vernichtung des Zeugen Ernst Schmehling fortgesetzt. Als Leiter eines „Massenrab-Kommandos“ hat Schmehling im April 1945 gesehen, wie 200 kranke Juden von einer Anzahl SS-Leuten und den beiden Comas Frey und Meißner erschlagen wurden. Am nächsten Tag mußte er die Erschlagenen begraben. Das „Massenrab-Kommando“ wurde im Februar 1945 aufgestellt. Es wurden vier Gräber geschauelt und bierin 10422 Leichen begraben. Bei allen Leichen war der Tod durch Veranzug, Veranzug usw. hervorgerufen worden. Zwischen den Leichen befanden sich auch einige lebende Häftlinge. Der Zeuge berichtet von einem Fall, wo er drei Häftlinge, die noch am Leben waren, mit einem Wagen zum Lager zurückbringen wollte. Er bat den Angeklagten Trum um einen Wagen, wurde aber mit den Worten: „Wissen Sie nicht, was in einem solchen Fall zu tun ist?“ abgewiesen. Der Angeklagte Zutter sagte zum Richter: „Wir haben für solche Sachen keine Zeit. Die Kerle werden ungesund und erschossen.“ Der Befehl wurde von dem Postenführer befohlen.

Im April 1945 wurde eine Gruppe amerikanischer Flieger unter Bewachung von SS-Leuten, unter mußten sich an die Wand stellen und wurden mit einem Pistolenknall erschlagen. Ein Flieger wurde so lange mißhandelt, bis er zusammenbrach. Andere wurden mit Peitschen und Stöcken erschlagen. Schmehling konnte über das weitere Schicksal der Amerikaner keine Auskunft geben.

Im weiteren Verlauf seiner Aussage berichtete er über die Ankunft eines 500 Mann starken Transportes. Die Ankommlinge mußten sich entkleiden und wurden dann mit Feuerschläuchen bespritzt. Er

aus der Verantwortung der Nazis

„Es war ein jüngstes Gericht“ - Menschen zum Vieh erniedrigt

werden sollten. Listen von Kranken aufzustellen, die verzagt werden müßten. Sie we

